

Schweiz im Stimmungstief

ZÜRICH sda. Die starke Aufwertung des Frankens seit Mitte Januar hat zu einer rapiden Stimmungsverschlechterung in fast allen Branchen geführt. Nach Einschätzung der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich schlägt sich die geldpolitische Wende inzwischen auch in den Auftragsbüchern nieder.

Im Januar waren in das KOF-Konjunkturbarometer noch viele Daten eingeflossen, die vor der Abschaffung des Euro-Mindestkurses am 15. Januar erhoben worden waren. Im Februar nun zeigt sich mit aller Deutlichkeit der dadurch ausgelöste Stimmungsabschwung in der Schweizer Wirtschaft. Das KOF-Konjunkturbarometer ist um 6 Punkte auf noch 90,1 Zähler gefallen. Das ist der stärkste Rückgang seit 2011, und das Barometer steht nun auch deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt. Die jetzige Abwärtsbewegung ist durch eine rapide Stimmungsverschlechterung in fast allen Branchen getrieben. Am markantesten trübte sich der Frühindikator in der Industrie, im Baugewerbe und beim inländischen Konsum ein.

250 Stellen fallen in Zürich weg

ZÜRICH sda. Der aktuellen Frankenaufwertung fallen Arbeitsplätze beim Flugzeugwartungsunternehmen SR Technics zum Opfer. SR Technics plant den Abbau von bis zu 250 seiner aktuell 2400 Stellen in Zürich. Dies teilte das Unternehmen am Freitagabend mit. SR Technics begründete den geplanten Abbau in den nächsten zwölf Monaten mit den starken Währungsschwankungen und den hohen Kosten am Schweizer Standort. Betroffen sind administrative Stellen in Zürich. Gleichzeitig wird SR Technics laut Medienmitteilung ein Service-Center in Belgrad aufbauen. SR Technics hat derzeit weltweit rund 3300 Stellen. René Zurin, Sekretär der Gewerkschaft VPOD, zeigte sich auf Anfrage nicht überrascht von der Ankündigung. Der Abbau habe sich abgezeichnet, und die Probleme hätten sich durch den starken Franken noch verstärkt.

Raiffeisen bleibt expansiv

BANKEN Das Wachstum der Hypothekarkredite und der Ausbau des Anlagegeschäfts schieben die Bankengruppe an. Das Unternehmerzentrum erhält 2015 Zuwachs – unter anderem in Baar.

THOMAS GRIESSER KYM
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

«Zufrieden» blickt Pierin Vincenz auf das vergangene Geschäftsjahr zurück. Der Chef von Raiffeisen Schweiz attestiert der Bankengruppe ein «hervorragendes Ergebnis», obschon der Bruttogewinn geringfügig gesunken und der Gruppengewinn durch 44 Millionen Franken aus dem Verkauf der Beteiligung an der Zürcher Privatbank Vontobel aufpoliert ist. Denn Raiffeisen hat 2014 zum dritten Mal in Folge den Gewinn steigern können, und zwar um 6 Prozent auf 759 Millionen Franken. Hingegen zeige der Anstieg des Betriebsergebnisses, dass Raiffeisen auch ohne Sondereffekte und «aus eigener operativer Leistung besser abgeschnitten hat als im Vorjahr».

Jede vierte Hypothek

Obwohl die Zinsmarge von 1,24 Prozent auf 1,17 Prozent weiter erodiert ist – 2010 hatte sie noch 1,40 Prozent betragen –, konnte Raiffeisen den Erfolg im Zinsgeschäft nochmals leicht steigern, wie Vincenz an der Bilanzpressekonferenz sagte. Dahinter steht auch das Wachstum im Kerngeschäft, der Vergabe von Hypotheken. Deren Volumen stieg 2014 um 5 Prozent auf 151 Milliarden Franken, während der gesamte Schweizer Markt um 3,6 Prozent gewachsen sei. Ergo macht Vincenz eine Zunahme des Marktanteils von Raiffeisen von 16,3 Prozent auf 16,6 Prozent geltend. Die Raiffeisenbanken vergeben eher kleinere Hypothekarkredite; stellt man auf die Anzahl Abschlüsse ab, betrage der Marktanteil wohl um die 25 Prozent, sagte Vincenz.

Zudem sieht er weiteres Wachstumspotenzial, vor allem in urbanen Gebieten wie etwa Zürich, wo Raiffeisens Durchdringung noch immer gering sei. Wiederholt wurde Raiffeisen verdächtigt, Wachstum zu Lasten einer vorsichtigen Risikopolitik zu suchen. Vincenz kontert:

Während die Ausleihungen zunehmen, gehen die Wertberichtigungen auf tiefem Niveau ständig zurück, und die «effektiven Verluste tendieren weiterhin gegen null». Bezahlt macht sich laut Finanzchef Marcel Zoller auch die Diversifikation mit dem Ausbau des Anlagegeschäfts. Der Kommissionserfolg hat tüchtig zugenommen, und an Neugeld flossen der Gruppe netto 6,7 Milliarden Franken zu, wobei drei Viertel auf Raiffeisen und ein Viertel auf die Notenstein Privatbank entfielen. Den Anstieg des Geschäftsaufwandes erklärt Vincenz damit, dass wegen des Ausbaus des Anlagegeschäfts der Personalbestand vergangenes Jahr um 100 Köpfe aufgestockt worden sei. Dieser «strategische Ausbau» hat auch das Verhältnis von Kosten und Erträgen etwas verschlechtert, von 61,7 auf 62,4 Prozent. Das laufende Jahr hält für Raiffeisen einige Herausforderungen bereit, von den tiefen Zinsen über volatile Märkte und den starken Franken bis hin zu einem schwächeren Hypothekenzuwachstum. Zur Raiffeisen-Gruppe gehören 305 genossenschaftlich organisierte Raiffeisenbanken mit total 10 752 Mitarbeitenden und

knapp 3,7 Millionen Kunden. Die Bilanzsumme beträgt 189 Milliarden Franken. Im Hypothekengeschäft hält Raiffeisen einen Marktanteil von 16,6 Prozent, im Sparbereich 18,7 Prozent. Als Genossenschaft kann Raiffeisen 95 Prozent des Gewinns den Reserven zuweisen. Entsprechend solide sei das Eigenkapital mit knapp 12 Milliarden Franken, sagte Vincenz.

Unternehmerzentrum wächst

Ebenfalls dieses Jahr werden zwei weitere Raiffeisen-Unternehmerzentren (RUZ) eröffnet, wie Vincenz sagte. Vor einem Jahr startete das RUZ in Gossau, und die Resonanz ist laut eigenen Angaben «ausserordentlich positiv». Im RUZ begleiten Experten, alles selber Unternehmer, andere Unternehmer mit Unterstützung und Coaching. Nun hat Raiffeisen eine landesweite Expansion eingeleitet. Der RUZ-Website ist zu entnehmen, dass das eine neue Zentrum am 28. April im früheren Lego-Gebäude in Baar aufgeht und von Stefan Born geleitet wird, das andere im Herbst in der Region Aarau. Der Leiter des RUZ



Der Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz gestern bei der Präsentation der Jahreszahlen in St. Gallen. Keystone/Gian Ehrenzeller

Raiffeisen 2014

Beträge in Millionen Fr.	2014	+/- %*
Bilanzsumme	188 640	7,0
Eigene Mittel	12 060	8,0
Bruttogewinn	1062	-1,0
Betriebsergebnis	885	2,0
Gruppengewinn	759	6,0

* Veränderung gegenüber Vorjahr

Gossau, Urs Wehrle, wird Geschäftsführer RUZ Schweiz.

Die jährliche Aktion der Raiffeisen für ihre mittlerweile 1,848 Millionen Mitglieder läuft dieses Jahr unter dem Motto «Die Zentralschweiz zum halben Preis». Die Mitglieder erhalten ein Heft mit Gutscheinen für Ermässigungen in Hotels, für Ausflüge, Bahn- und Schifffahrten usw. in den sechs Kantonen der Zentralschweiz.

Der Fall HSBC: Nicht nur die Bank muss sich hinterfragen

Der Fall HSBC wogt in den Medien seit Wochen hoch. Die Aufarbeitung des krassen Versagens der HSBC-Führung in juristischer Sicht zeigt auf, dass offensichtlich auch andernorts, das heisst nicht nur in der Bank selbst, Verbesserungsbedarf besteht.

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) hatte im Frühling 2011 die Genfer Privatbank HSBC (Suisse) wegen der Datenklau-Affäre gerügt (Stichwort: Hervé Falciani). Die Finma ordnete dort nach einer umfangreichen Untersuchung Mängel bei der internen Organisation und der Kontrolle der IT-Aktivitäten. Durch diese Mängel habe die Bank in schwerwiegender Weise die Bewilligungsvoraussetzungen verletzt, teilte die Aufsichtsbehörde der Öffentlichkeit mit.

Die Aufsicht eröffnete im März 2010 ein formelles Verwaltungsverfahren gegen die Bank. «Anlass der Untersuchung war, dass es bei der Bank vermutlich in den Jahren 2006 und 2007 zum Diebstahl einer weitreichenden Menge an Kunden-

daten kommen konnte.» Das Wort «vermutlich» ist überhaupt nicht nachvollziehbar: Denn betrachtet man die Ereignisse zwischen 2007/08 (Diebstahl der Daten, Flucht von Falciani nach Frankreich) und 2010 (unter der damaligen französischen Finanzministerin Lagarde wurden die Daten für andere Staaten aufbereitet, zum



Beispiel für England), dann ist klar, dass die Daten gestohlen wurden und dass sie an sich hätten ein Thema bilden müssen. Aber offenbar war es so, wie der Tessiner alt Ständerat Dick Marty es kürzlich sagte: Die Finma sah den Elefanten nicht. Sie hätte ihn sehen und sich bereits damals angesichts der vorliegenden Namen die Frage stellen müssen, ob die Bank selbst und einzelne Mitarbeitende sich der Geldwäscherei schuldig gemacht haben. Und dann?

AUSSICHTEN

Gemäss Artikel 38 Finanzmarktaufsichtsgesetz (Finmag) leisten die Finma und die Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Kantone einander Rechts- und Amtshilfe. Weiter steht in dieser Bestimmung, dass diese Ämterstellen ihre Tätigkeit soweit notwendig und erforderlich koordinieren. Das ist Pflicht und nicht Kür. Zudem ist die Finma gemäss Artikel 38 Absatz 3 Finmag verpflichtet, die Strafverfolgungsbehörden zu informieren, wenn sie im Rahmen ihrer Tätigkeit von Verbrechen und Vergehen Kenntnis erhält.

Damit Strafverfolgungsbehörden eingreifen, muss ein einfacher Verdacht vorliegen. Das ist hier wohl zu bejahen. Dieser Anfangsverdacht wäre zu verneinen, wenn eine blosse Vermutung bestünde. Hier weiss man über einige

Beziehungen und deren Umstände vieles – von nackter Vermutung demnach keine Rede. Der Bundesanwalt, der gerne von sich selbst spricht und nicht von der Behörde, der er vorsteht, und Entscheide auch so in der Ich-Form kommuniziert (etwa «seine» Praxisänderung in der Verfolgung der organisierten Kriminalität), scheint – im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft Genf – das nicht umsetzen zu wollen: Seine in der Presse wiedergegebene Argumentation, «ich kann keine Untersuchung, gestützt nur auf Presseberichte, eröffnen», ist angesichts der bereits veröffentlichten Details unzutreffend: Konkrete und fundierte Verdachtsmomente gibt es.

Setzt man diese Aussage von Herrn Lauber weiter in Verbindung mit der von ihm wohl zuhanden der Genfer Staatsanwaltschaft ausgesprochenen Warnung, man kenne die Konsequenzen von Untersuchungen, die auf schwacher juristischer Basis eröffnet würden, so ahnt man, worum es wahrscheinlich geht: Die Angst des Bundesanwalts, ein Verfahren entweder einstellen zu müssen oder sich damit konfrontiert zu sehen, dass es vor Gericht zu einem Freispruch kommt.

Das wirft meines Erachtens Fragen auf, denn das ist nicht nur ein auf den HSBC-Fall bezogenes Problem: Die von Lauber angeordnete Praxisänderung in Bezug auf die Verfolgung der organisierten Kriminalität widerspiegelt leider

das gleiche Bild. Er will keine Strafverfahren wegen blosser Mitgliedschaft bei einer Mafia-Organisation mehr eröffnen.

Marc Forster, Strafrechtsprofessor an der Universität St. Gallen, hat dazu mit Recht festgehalten: «Dieser mehrfach in den Medien verbreitete Standpunkt der Bundesanwaltschaft erscheint juristisch und kriminalpolitisch sehr bedenklich und lässt auf eine grundsätzliche Fehleinschätzung der Rechtslage schliessen.» Die Beteiligung an einer mafiösen Organisation sei keineswegs eine geringere Form der organisierten Kriminalität. «Ein Mitglied einer kriminellen Organisation zu sein, ist mindestens so strafwürdig wie die punktuelle Unterstützung durch einen aussenstehenden Helfer.» Von einer «herrschenden Lehre», mit der Bundesanwalt Lauber seinen Strategiewechsel bei der Mafia-Bekämpfung begründe, könne keine Rede sein.

Dem ist nichts beizufügen, ausser:
1. Die Mafia ist der Prototyp einer kriminellen Organisation.
2. Der Bundesanwalt hat das geltende Recht umzusetzen. Wenn er eine Gesetzesänderung möchte, ist sein Vorgehen der falsche Weg. Er ist dem Gesetz verpflichtet.

HINWEIS
Monika Roth (63) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.